

31. ordentlicher Landesparteitag der FDP Brandenburg am 03. September 2022

Beschluss

Seite 1 von 3

1 **BETR.: Eine liberale Position zur Kernenergie**

2 **Antragsteller: Junge Liberale Brandenburg, Landesfachausschuss für**
3 **Energie, Umwelt und Klimaschutz**

4 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

5 Die aktuelle Gestaltung des Energiemixes in Deutschland gibt Anlass zur Sorge. Zum einen sind
6 die Strompreise in Deutschland so hoch wie in keinem anderen europäischen Land. Zum
7 anderen sind die CO₂-Emissionen des Energiemix vergleichbarer Länder wesentlich geringer,
8 was am rückläufigen Beitrag von Kernenergie zum deutschen Energiemix, insbesondere aber
9 am hohen Anteil von Kohleverstromung gepaart mit der über die letzten Jahre stark rückläufige
10 Ausbaugeschwindigkeit bei erneuerbaren Energien liegt.

11 Der Krieg in der Ukraine hat gezeigt, dass auf Russland kein Verlass ist, wenn es um die
12 Versorgungssicherheit Deutschlands geht. An Alternativen für die Energieerzeugung muss
13 deswegen technologieoffen gedacht werden. Die Kernenergie kann eine Gelegenheit bieten,
14 den deutschen Energiemix vielfältiger zu machen, sodass im Falle eines Krieges oder von
15 Sanktionen keine Gefahr für die Versorgungssicherheit besteht. Es muss anerkannt werden,
16 dass geostrategische Aspekte in den Planungen der Energiewende kaum beachtet wurden.

17 Es bedarf einer langfristigen Vision eines Energiemarktes, welcher auf einem subventionsfreien
18 Wettbewerb aller Energieträger unter der Berücksichtigung der konsequenten Anwendung des
19 Emissionszertifikatehandels beruht.

20 Dazu zählt für uns auch eine faire Chance für die Kernenergie. Gerade unter dem Leitsatz eines
21 mittelfristig europäisch ausgerichteten Energiemarktes fordern wir die Stärkung des
22 europäischen Verbundnetzes. Generell sollte sich die Gestaltung der Energiepolitik konsequent

23 am energiepolitischen Zieldreieck von Klima- und Umweltverträglichkeit, Versorgungssicherheit
24 und Bezahlbarkeit orientieren.

25 Vor allem die enormen technischen Innovationen der Kernenergie bestärken die Idee, diesen
26 Energieträger als Optionsmöglichkeit weiterhin anzuerkennen. Unter anderem können
27 sogenannte Laufwellenreaktoren oder „Mini-Reaktoren“ radioaktive Abfälle nahezu komplett
28 nutzen und erreichen höhere Energieeffizienten als vergangene Kernenergie-Generationen.
29 Damit können sie einen unterstützenden Faktor bei der Endlager-Problematik darstellen. Durch
30 politische Weichenstellungen der Vergangenheit droht zudem eine enorme Wissens-
31 Abwanderung im Bereich der kerntechnischen Forschung und Entwicklung. Auch diesen Verlust
32 gilt es abzufedern und mittelfristig wieder an Fachkräften zu gewinnen.

33 Zur Umsetzung dieser Ziele bedarf es konkreter Handlungen:

34 **Die Abschaltungen der Kernkraftwerke Isar 2, Emsland und Neckarwestheim 2 sind falsch.**

35 Gerade vor dem aktuellen Hintergrund, Rohstoffimporte aus Russland möglichst sofort stoppen
36 zu können, sollen bestehende Kernkraftwerke ihren Beitrag leisten dürfen. Die Freien
37 Demokraten Brandenburg fordern daher, die Laufzeiten der noch in Betrieb befindlichen drei
38 Kernreaktoren in Deutschland temporär zu verlängern, wobei selbstverständlich sämtliche
39 Sicherheitsanforderungen zu erfüllen sind.

40 Die Nutzung der Kernenergie muss sich stets an den neuesten Technologien orientieren. Das
41 bedeutet, dass aus Sicht der Liberalen auch der Neubau von Kernkraftwerken zukünftiger
42 Generationen (bspw. Thoriumreaktoren, Flüssigsalz) unter folgenden Bedingungen möglich sein
43 muss:

- 44 1. **Wirtschaftlichkeit und Nachhaltigkeit:** Die Errichtung, der Betrieb und der Rückbau
45 müssen privatwirtschaftlich durchgeführt und finanziert werden. Wirtschaftliche Risiken
46 und Ewigkeitskosten dürfen nicht, wie bei aktuellen Kernkraftwerken, auf die Allgemeinheit
47 übertragen werden.
- 48 2. **Abfall:** Politische, technische, und wirtschaftlich zuverlässige Entsorgungswege müssen
49 sichergestellt sein; hier hat der Staat wichtige Aufgaben. Die operative Verantwortung für

50 Kosten und Durchführung von Rückbau und Entsorgung muss bei den Investoren/Betreibern
51 bleiben.

52 3. **Sicherheit:** Die heute in Deutschland eingesetzte Technik ist erprobt und muss gegen
53 alle erdenklichen Risiken sicher ausgelegt sein: sowohl was den Schutz vor externen
54 Ereignissen betrifft, als auch die Beherrschung eventueller Folgen. Dies schlägt sich auch im
55 hohen technischen und finanziellen Aufwand beim Neubau nieder. Auch wenn zukünftige
56 Anlagen flexibler, günstiger und mit neuen technischen Konzepten (z.B. Abfallrecycling)
57 ausgestattet sein sollen, dürfen bei der Sicherheit keine Abstriche gemacht werden.

58
59 Mittelfristig brauchen wir in Europa ein neues Strommarktdesign. Insbesondere die **Einführung**
60 **eines Kapazitätsmarktes**, neben dem Leistungsmarkt, halten wir für sinnvoll. Die Regulatorik
61 darf insbesondere Speichertechnologien nicht durch Abgaben oder Steuern, beispielsweise auf
62 genutzten Strom, unwirtschaftlich machen und somit den Aufbau verhindern.

63
64 Langfristig darf sich Deutschland nicht der Entwicklungen im Bereich der Energieerzeugung
65 verschließen. Gerade im Bereich der Forschung darf Deutschland nicht aus ideologischen
66 Gründen den Anschluss verlieren. Die Forschungsfinanzierung muss technologieoffen erfolgen.
67 Das schließt selbstverständlich auch die Kernspaltung mit ein. Wir befürworten deshalb die
68 **Errichtung von Forschungsreaktoren** der neuesten Generation auch in Brandenburg.

69 Die wenigen Lehrstühle zur Kernenergie und nuklearen Sicherheit müssen in Deutschland
70 erhalten und mittelfristig ausgeweitet werden. Dazu sollen verstärkt Fördergelder investiert
71 werden. Zudem möchten wir einen **Lehrstuhl als Schwerpunkt-Forschungszentrum** ausweiten,
72 um dem Forschungsstandort mehr Aufmerksamkeit, eine bessere Finanzierung und beste
73 Ausstattung zu ermöglichen. Mit der Lausitz und der Uckermark haben wir in Brandenburg zwei
74 Regionen, die eine sehr hohe Energiekompetenz mit langer Tradition besitzen. Wir fordern die
75 Landes- und die Bundesregierung auf, diese Energiewissenszentren noch stärker in die
76 Energiewende mit einzubinden und auf die vorhandenen Kompetenzen aufzubauen.